Polen-Pressespiegel 46/2021 vom 18.11.2021

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- Nationalisten marschierten mit PiS Segen durch Warschau und attackierten die EU, Einwanderer, Medien und Gerichte
- Wenn Polen die NATO schwächt, muss man über die Mitgliedschaft nachdenken
- Cezary Michalski: Der PiS-Bunker wächst in sozialen Ruinen
- „Dziennik Bałtycki“ nimmt ECS-Direktor unter die Lupe: „Deutsche Verbindungen“ und „Verleumdung Polens“
- „Warmherziger Mensch“, kalte Leichen
- Kaczyński mit Morawiecki in Krakau über ein „Agententum der Eliten“ und neidische EU-Nachbarn

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche.

Unabhängigkeitsmarsch. Nationalisten marschierten mit dem Segen von PiS durch Warschau und attackierten die EU, Einwanderer, Medien und Gerichte

Quelle: wyborcza.pl

Unabhängigkeitsmarsch 2021 - Robert Bąkiewicz revanchierte sich bei den Machthabern dafür, dass der zunächst illegale Marsch der Nationalisten durch Warschau dennoch stattfand. Er verteidigte die Politik der PiS-Regierung und des Premierministers selbst gegen „Angriffe aus Brüssel“. Zusammen mit anderen Nationalisten griff er die Europäische Union, Einwanderer, unabhängige Medien und Gerichte an.

Vor Beginn des Marsches der Nationalisten versammelten sich etwa 100 Personen der Oppositionsgruppe *Obywatele RP* [Bürger Polens] im Zentrum von Warschau. Ihre Aktivisten wollten gegen die nationalistischen und neofaschistischen Inhalte protestieren, die jedes Jahr auf dem Unabhängigkeitsmarsch präsentiert werden. Und ein „unabhängiges, buntes und für alle offenes Polen“ zu fordern. Ein Polen, in dem jeder, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe, materiellem Status oder Orientierung willkommen ist, gleiche Rechte hat und sich zuhause fühlen kann. Sie standen mit Transparenten „11. November ohne Faschismus“, „Nationalismus ist kein Patriotismus“.
Obwohl die Versammlung angemeldet und legal war, wurden einige Teilnehmer von der Polizei vom Versammlungsort abgeführt, bevor der Marsch der Nationalisten begann.
Noch zwei Tage vor dem Feiertag am 11. November sollte am selben Ort eine weitere, ebenfalls antifaschistische Versammlung abgehalten werden. Sie wurde von der Gruppe *14 Frauen der Brücke* organisiert. Sie waren es, die sich vor einigen Jahren den Nationalisten in den Weg stellten, die während des Marsches vom 11. November durch Warschau zogen. Obwohl sie eine Genehmigung für den Protest am Donnerstag hatten, ließen sie ihn fallen, als die PiS die Nationalisten unterstützte, aus Sicherheitsgründen.

Der Unabhängigkeitsmarsch war das zweite Jahr in Folge illegal, wie ein Gericht dieses Jahr bestätigte. Er fand nur statt, weil die PiS beschloss, ihn zu legalisieren und ihm in letzter Minute einen staatlichen Charakter zu verleihen. So wie andere wichtige Feierlichkeiten zu Jubiläen und Feiertagen, mit der Teilnahme der höchsten Behörden haben. „Die PiS trägt im Moment das Gesicht von Bąkiewicz“, kommentierten Aktivistinnen der Gruppe der 14 Frauen und erinnerten nicht nur an die Unterstützung für den Marsch, sondern auch an die millionenschweren staatlichen Subventionen für dessen Organisation.
Der Organisator des Unabhängigkeitsmarsches hat diese Unterstützung mehr als zurückgezahlt. In seiner Rede zu Beginn des Marsches bedankte sich Bąkiewicz bei der Regierung und den staatlichen Institutionen, die den Marsch möglich gemacht haben. Es war ein Aufwärmen vor seinem Angriff auf europäische Institutionen, Regierungsgegner, die Gerichte und die Medien. Er verteidigte auch die Politik der polnischen Regierung.
Er wetterte über den laufenden Angriff auf unser Land. „Polen wird von seiner Ostgrenze aus angegriffen, und zwar von Moskau mithilfe von Einwanderungsdruck. Und wir werden von Deutschland angegriffen, das die EU-Institutionen nutzt, um uns unsere Souveränität zu nehmen“, so Bąkiewicz. Als er über die Deutschen sprach, begeisterte er die Teilnehmer des Marsches und provozierte eine Gruppe von Männern, die die deutsche Flagge und ein Porträt von Donald Tusk verbrannten. Denn es waren die Deutschen, die seiner Meinung nach „bunte Ideologien erfunden haben, die zur kulturellen Zerstörung ganz Europas führen sollen“. „Sie wollen uns energetisch vernichten, die Polen zu Parias machen, Polen zu einem Satellitenstaat machen, die polnische Energiewirtschaft stilllegen, uns dazu bringen, ungeborene Kinder zu töten. Sie wollen uns unserer nationalen, kulturellen und sogar geschlechtlichen Identität berauben. Hierfür gibt es keine Zustimmung!“, rief er aus.
Er sprach vom Krieg der Zivilisationen, vom Fall des Hegemons USA und von der neuen Weltordnung, die sich abzeichnet. „Es wird von uns abhängen, wie dieses neue Polen aussehen wird, ob uns nur die Nationalhymne und die weiß-rote Fahne bleiben oder ob wir bereit sind, die Fackel des Christentums in den Westen zu tragen“, sagte der Anführer des nationalen Marsches, überzeugt davon, dass „der Westen nicht mehr existiert“.
Schließlich stellte er sich hinter Premierminister Mateusz Morawiecki, der kürzlich an einer europäischen Debatte über die Rechtsstaatlichkeit in Polen teilnahm. Sie wurde als Reaktion auf das Urteil des Verfassungsgerichts über den Vorrang der polnischen Verfassung vor dem EU-Recht organisiert. „Der europäische Abschaum spuckt auf den polnischen Premierminister“, sagte Bąkiewicz. „Und noch unwürdiger war der polnische Abschaum, der polnisch spricht und den polnischen Ministerpräsidenten bespuckt hat. Herr Premierminister, sie wollen uns vernichten. Keine Zugeständnisse! Kein Rückschritt“, appellierte er.
Aber es blieb nicht bei dem „europäischen Abschaum“. Der Anführer des Marsches richtete sich auch gegen „Polens interne Kollaborateure“. Es handelt sich um „Fernsehsender, die lügen“ und Gerichte, die „politische Anordnungen wie in den 1950er Jahren ausführen“.
Es war von Anfang an klar, dass die staatlichen Institutionen sich der Entscheidung der Regierung anschlossen und den Marsch unterstützten. An der Spitze schritten Vertreter der Armee, der Polizei, der Marine und des Grenzschutzes in Galakleidung. Hinter ihnen Veteranen und verkleidete Darsteller auf Pferden. Und dann die Schutzgarde des Unabhängigkeitsmarsches.
Der Marsch selbst, an dem nach Angaben der Organisatoren etwa 100 000 oder sogar 150 000 Menschen teilnahmen, was jedoch nicht bestätigt wurde, begann mit gregorianischen Gesängen. Doch während es im vorderen Bereich ruhiger zuging und die Teilnehmer das Gefühl hatten, einen ganz normalen Spaziergang zu machen, wurde es mit zunehmender Entfernung vom vorderen Bereich und je später es wurde, umso lauter. Einige der Teilnehmer riefen „Mit der Sichel und mit dem Hammer gegen den roten Pöbel“, „Und statt Blätter an den Bäumen ...[werden Kommunisten hängen]“, „Polen weiß und rot, nicht regenbogenfarbig“ oder „Ganz Polen singt mit uns, verpisst euch mit Flüchtlingen“.
[...]
Unter den Teilnehmern waren auch Gruppen von Nationalisten aus anderen Ländern - Italien, Bulgarien, Ungarn ... In der Menge befanden sich auch Politiker der Rechten, darunter Janusz Kowalski, Patryk Jaki und Jacek Ozdoba (alle von *Solidarna Polska*), Anna Maria Siarkowska (vom Klub PiS), Robert Winnicki und Grzegorz Braun (*Konfederacja*).

In den Reden zum Abschluss des Marsches dominierten die Politiker der *Konfederacja* und von *Wszechpolacy*. Von der Bühne in der Nähe des Nationalstadions donnerte Winnicki, dass die polnische Armee - wenn nötig - illegale Einwanderer an der Grenze erschießen solle. Und an die EU-Institutionen: „Hört auf, uns mit Geld zu erpressen, nehmt eure Almosen und verpisst euch nach Brüssel!“.

Zsfg.: JP

https://warszawa.wyborcza.pl/warszawa/7,54420,27796086,narodowcy-z-namaszczeniem-pis-przeszli-przez-warszawe-atakowali.html

ANDRZEJ MLECZKO

ICH BIN EINE GUTE FEE
UND ICH BIN AN BESTIMMTE REGELN GEBUNDEN,
ABER TIEF IM INNEREN HASSE ICH
DIESEN KOMPLEXBELADENEN,
UNVERSCHÄMTEN WICHT.

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
http://www.mleczko.pl/ und http://www.sklep.mleczko.pl/

Wenn Polen die NATO schwächt, muss man über die Mitgliedschaft nachdenken – Über die PiS-Regierung im US-Kongress

Quelle: oko.press

Der Abzug der US-Truppen aus Polen und Ungarn, Wirtschaftssanktionen, die Allianz Washingtons mit Brüssel zur Durchsetzung demokratischer Standards in Warschau und Budapest - solche Empfehlungen für die Regierung Joe Bidens wurden von Experten im US-Kongress vorgelegt.
„Politische Führer in Ungarn und Polen haben als Verbündete der USA und Mitglieder der Europäischen Union in den letzten zehn Jahren eine Politik verfolgt, die die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in diesen Ländern untergräbt“, begründete die Helsinki-Kommission vor dem US-Kongress die Einberufung des Treffens. Die Kommission besteht aus neun Vertretern des Senats, neun Vertretern des Repräsentantenhauses und je einem Vertreter des Außenministeriums, des Verteidigungsministeriums und des Handelsministeriums der USA.
„Allein die Tatsache, dass die Frage des Rückzugs aus der Demokratie in Polen und Ungarn den Weg in einen Ausschuss des Kongresses gefunden hat, ist ein Zeichen dafür, dass die Bedeutung dieses Themas aus Sicht der Vereinigten Staaten definitiv zunimmt. Gleichzeitig sollten wir nicht vergessen, dass der Kongress einen echten Einfluss auf die amerikanische Außenpolitik hat, da er wichtige Entscheidungen der Präsidialverwaltung gegenzeichnen muss“, sagt gegenüber OKO.press Prof. Roman Kuźniar, Amerikanist, ehemaliger Direktor des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten und ehemaliger Berater von Präsident Bronisław Komorowski in internationalen Angelegenheiten.

Über Polen im Kongress. Kuźniar: „Bezeichnend und beschämend“

Der Ausschuss für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa des US-Kongresses - üblicherweise als Helsinki-Kommission bezeichnet - hörte auf seiner Sitzung am 3. November drei Zeugen zur Lage in Polen und Ungarn, wie Experten in ähnlichen Situationen im Kongress beschrieben werden. (…) „Die Helsinki-Kommission befasst sich mit Polen, was ein sehr bezeichnendes Ereignis ist - und ein beschämendes für

unser Land und unsere Regierung. Schließlich hat sich diese Kommission seit dem Kalten Krieg nur mit wirklich schwerwiegenden Fällen von Verstößen gegen demokratische Standards und Bürgerrechte befasst. Die Länder der Europäischen Union lagen bisher praktisch außerhalb ihres Interessensbereichs“, erklärt Prof. Kuźniar.
(…)
„Die Regierungsparteien in Budapest und Warschau haben sich lange Zeit gegenseitig im Kampf gegen die Unabhängigkeit der Gerichte, der Medien, des zivilen Sektors und der schwachen Minderheiten übertroffen. In letzter Zeit sind sie jedoch dazu übergegangen, nicht mehr nur die liberalen Grundsätze, auf denen die Demokratie beruht, anzugreifen, sondern eigenständig neue Normen zu setzen und offen antidemokratische Praktiken zu verbreiten“, sagte Zelyke Csaky von Freedom House bei der Vorstellung der neuesten Ausgabe des Berichts im April, an dessen Erstellung auch die OKO.press-Autoren Anna Wojcik und Miłosz Wiatrowski beteiligt waren. Jetzt betonte Csaky vor dem Ausschuss des US-Kongresses, dass die Vereinigten Staaten in Polen und Ungarn die Institutionen der Zivilgesellschaft und die noch unabhängigen Medien langfristig unterstützen sollten.
Csaky wies die Abgeordneten außerdem darauf hin, wie ernst die Konfrontation mit Polen und Ungarn für die Europäische Union ist. „Dies ist eine existenzielle Herausforderung für die Union“, betonte sie.
„Orbán hat die Verfassung geändert, die Zusammensetzung des Verfassungsgerichts verändert, die organisierte politische Korruption unterstützt, die Medien in die Hände von Oligarchen gegeben, die mit der Regierungspartei verbunden sind, und Ungarn näher an Russland und China herangeführt“, sagte Senator Ben Cardin und bezog sich dabei auf den Bericht von Freedom House. Er betonte, dass er auch im Falle Polens besorgniserregende Tendenzen sieht - darunter Angriffe auf LGBT+-Personen und immer weit reichendere Gesetzesänderungen.
Dalibor Rohacz, Vertreter der konservativen Denkfabrik AEI, sagte unverblümt, dass „viele Führer der konservativen Rechten in den USA die polnische und die ungarische Regierung mit offenen Armen empfangen“. „Solche Sympathien sind ein grundlegender Fehler. Beide Regierungen haben ihre Länder auf den Weg des Autoritarismus gebracht“, betonte Rohacz und warnte die US-Konservativen vor den möglichen Folgen einer Nachsicht mit Orbán und Kaczyński.
„Wir wissen nicht, ob künftig europäische Haftbefehle in Polen Gültigkeit haben werden. Ich sage es ohne jede Genugtuung, aber wenn die NATO dadurch geschwächt wird, dann müssen wir uns überlegen, ob Polen weiterhin Mitglied bleiben soll“, so Heather Conley, Vizepräsidentin der Abteilung für Europa, Eurasien und die Arktis im Zentrum für strategische und internationale Studien (CSIS).

Strafen für Polen und Ungarn?
Im letzten Teil der Ausschusssitzung wurden die Experten um ihre Empfehlungen an die Regierung Joe Bidens zu Polen und Ungarn gebeten. Conley, die früher eine hohe Beamtin des Außenministeriums war, hat sich hier sehr deutlich geäußert. In der Regierung von George W. Bush war sie für die Kontakte zu den europäischen Ländern zuständig und war sogar stellvertretende Außenministerin. „Der Zustand der Demokratie in Polen und Ungarn verschlechtert sich zusehends, und die Vereinigten Staaten sollten als Reaktion darauf Änderungen des Militäreinsatzes oder sogar Wirtschaftssanktionen in Erwägung ziehen“, sagte Conley bei der Anhörung vor dem Ausschuss. Sie betonte, dass sie dies „mit schmerzendem Herzen“ sage.
„Heather Conley, die ich schon oft getroffen habe, kennt Polen und die polnischen Angelegenheiten wirklich ausgezeichnet und ist gleichzeitig eine große Freundin unseres Landes. Sie hatte eine der wichtigsten Positionen in der amerikanischen Diplomatie inne, weshalb ihre Stimme dort einen besonders starken Eindruck hinterließ - umso mehr, als die von ihr vorgelegten Empfehlungen wirklich sehr hart sind“, erklärt Professor Kuźniar.
Conleys Äußerungen lösten heftige Reaktionen von polnischen Oppositionspolitikern aus.
„Der US-Kongress diskutiert über mögliche Sanktionen gegen Polen und den Abzug der amerikanischen Truppen aus unserem Land. Am selben Tag gibt die PiS durch den Abgeordneten Kowalski das Jahr 2027 als Datum für ein Referendum über den Austritt Polens aus der EU an. So sieht Hochverrat aus“, twitterte Donald Tusk.
Auf der Sitzung der Helsinki-Kommission schlug Dalibor Rohacz jedoch vor, Polen und Ungarn differenziert zu behandeln. Er betonte, dass das Ungarn von Viktor Orbán eine Politik verfolge, die sich zunehmend an

den Interessen Wladimir Putins Russland orientiere: „Ich denke, dass Ungarn es aus diesem Grund verdient, viel härter behandelt zu werden als Polen. Irgendwann wird sich dieses Land entscheiden müssen, auf welcher Seite es tatsächlich steht“, sagte Rohacz. Andere Teilnehmer der Anhörung stimmten ihm zu.
Roman Kuźniar: „Die Mahnung, Polen noch nicht völlig mit Ungarn in einen Topf zu werfen, zeigt, dass die Helsinki-Kommission ein nüchternes Urteilsvermögen bewahrt. Ungarn ist ein Land, das die Demokratie bereits fast vollständig aufgegeben und den Weg in den Autoritarismus eingeschlagen hat, Polen steht erst am Anfang dieses Weges.“
Zselyke Csaky von Freedom House empfahl Washington, eine enge und langfristige Zusammenarbeit mit Brüssel aufzubauen, um die Situation in Polen und Ungarn zu überwachen: „Die amerikanische Regierung sollte besser mit der EU zusammenarbeiten, um politische Probleme zu lösen und gleichzeitig Bürger zu unterstützen, die für ihre Rechte kämpfen“, sagte Csaky.
„Es ist mir wirklich schwergefallen, so deutliche Worte zu finden, weil ich Polen für einen wichtigen Verbündeten Amerikas halte, aber ich denke, dass dieses Thema von außerordentlicher Bedeutung ist“, sagte Heather Conley nach der Anhörung in einem Interview mit der polnischen Presseagentur PAP. „In Anbetracht bisher fehlender Ergebnisse denke ich, dass nur das Ansprechen der Sicherheitsfrage Auswirkungen auf das Verhalten der Machthaber in Polen haben kann“, fügte sie hinzu.

Zsfg.: AV

https://oko.press/polska-oslabi-nato-trzeba-sie-zastanowic-nad-jej-czlonkostwem/

Cezary Michalski: Der PiS-Bunker wächst in sozialen Ruinen

Quelle: wiadomo.co

[...]

Jaroslaw Kaczynski ist ein Virtuose im Zerstören einer Nation, einer Gesellschaft, eines Staates. Wenn er Russland regieren würde, hätten wir einen Moment des Friedens. Leider bekam er die Polen in die Hände. Jeden seiner eigenen Fehler, jedes seiner eigenen Verbrechen konnte er bisher mit noch mehr Chaos „vertuschen".

So geschehen bei der Tragödie in Pszczyna, wo eine junge Frau auf dem Operationstisch starb, weil die Ärzte nicht mehr das Recht hatten, den sterbenden Fötus aus ihrem Körper zu entfernen. Dies ist eine einfache Folge der zynischen Entscheidung des PiS-Vorsitzenden von vor einem Jahr, Ziobro und die Rechten von der *Konfederacja* nach seinem eigenen Scheitern mit den „Fünf für Tiere" in rechter Härte zu übertrumpfen, den Respekt von Rydzyk, Jędraszewski, rechten Incels (erfolglose Typen, die Frauen hassen) und allen Anhängern des Kulturkampfes zurückzugewinnen und darüber hinaus die Plattform [PO] zu schwingen, die vor Tusks Rückkehr auf den von Kaczyński aufgewühlten Wellen nach rechts und links schwankte. Kaczyński hat das alles erreicht, indem er den Abtreibungskompromiss mit Füßen trat und Frauen erniedrigte, wobei er dafür seine eigenen Marionetten vom Przyłębska-Gericht einsetzte.

Heute hat der PiS-Vorsitzende Blut an seinen Händen, und er weiß es. Indem er dem Angriff zuvorkam, hat er das getan, was er am besten kann. Er schob die Verantwortung für die Tragödie in Pszczyna auf die örtlichen Ärzte. Er (er selbst, seine Propaganda, sein Morawiecki) schürte die bereits bestehende gegenseitige Abneigung, das Misstrauen, manchmal sogar den Hass zwischen Patienten und Ärzten.

In einem Land ohne soziales Kapital, in dem seit Jahrhunderten niemand dem Anderen mehr vertraut, ist es einfacher, etwas zu zerstören als etwas aufzubauen. Daher die Idee Kaczyńskis zu regieren, indem er die Reste sozialer Bindungen zerschlägt, die Reste sozialer Solidarität zerstört (als ob es in Polen jemals zu viel davon gegeben hätte), gegenseitiges Misstrauen und Ressentiments zwischen Bürgern und Richtern, zwischen Patienten und Ärzten und Krankenschwestern, zwischen Eltern und den Lehrern ihrer Kinder, zwischen Polen und der Polizei, der Armee und dem Grenzdienst schürt. Natürlich tappte ein Teil der liberalen Medien und Salonprominenz - aus Dummheit, aus dem eigenen Überlegenheitsgefühl heraus, aus der üblichen Facebook-Hirnaufweichung - in Kaczyńskis Falle. Ohne zu wissen, dass sie sein Spiel spielen.

Ich lese Texte (manchmal unterschrieben von Leuten, deren Namen ich hier nicht nennen möchte, weil ich zu traurig bin), die voller Verachtung für Ärzte aus Pszczyna sind. Ich höre Beleidigungen gegen den Grenzdienst, die Polizei und die Armee. Kaczyński reibt sich die Hände. Das ist genau das, was er will. Dort wo Patienten Ärzte hassen, fürchten Ärzte Patienten und werden sich niemals gegen die Autorität auflehnen. Wenn die Eltern den Lehrern nicht vertrauen, fürchten die Lehrer die Eltern und werden sich niemals gegen die Behörden auflehnen. Wo sich die Bürger an Beleidigungen gegen die Polizei, die Armee und die Dienste erinnern, die seit den Tagen der Volksrepublik Polen in Vergessenheit geraten sind, fühlen sich die Menschen in Uniform nicht mehr mit denen solidarisch, die sie eigentlich schützen sollen. Eine derart gespaltene und zersplitterte Gesellschaft kann sogar von einem einzigen, wenig leistungsfähigen Despoten regiert werden. Eine solche Gesellschaft kann von einer einzigen Kaderpartei regiert werden, die durch Korruption und gegenseitige Angst gebunden ist. Selbst wenn diese Partei niemals die Mehrheit gewinnen sollte. Denn im Gegensatz dazu gibt es keine Gesellschaft mehr, nur noch sozialen Ruin. Kaczyński fühlt sich in diesen Trümmern am wohlsten, denn er glaubt, dass er nur unter solchen Bedingungen etwas völlig Neues aufbauen kann.

Schwarzes Sozialkapital

Das Portal wpolityce.pl der Gebrüder Karnowski, das am besten über die Mechanismen der von Jarosław Kaczyński verwalteten politischen Korruption informiert ist, da die Gebrüder Karnowski selbst in den Genuss einer Hand voll Überweisungen öffentlicher Gelder im Austausch für ihre absolute Verfügbarkeit gegenüber den Behörden kommen, informierte darüber, dass die PiS eine weitere (hundertste? tausendste?) Institution errichten wird, die - wie viele andere, die in den letzten sechs Jahren von PiS oder *Solidarna Polska* geschaffen wurden - mit Personen der herrschenden Rechten besetzt und der Politik und Propaganda des herrschenden Lagers dienen wird.

Diesmal soll es das *Institut für Kriegsverluste* sein, zu dessen Aufgaben es gehört, „weitere Arbeiten an der Bilanz der deutschen und sowjetischen Besatzung während des Zweiten Weltkriegs durchzuführen“ und „die Frage der Reparationen, die Polen von Deutschland für die während des Zweiten Weltkriegs verursachten Schäden zustehen, zu einem positiven Abschluss zu bringen“.

Diesmal scheint das Alibi der PiS-Anhänger für die Verwendung öffentlicher Gelder besonders erbärmlich zu sein. Die „Arbeit an der Bilanz der deutschen und sowjetischen Besatzung“ wird schließlich vom Institut für Nationales Gedänken [IPN] erledigt (das in seiner Freizeit daran arbeitet, die Gegner und Konkurrenten Kaczyńskis zu vernichten). Die gleiche Aufgabe wird von hunderten anderer ähnlicher Institutionen, Stiftungen, Museen usw. erfüllt,

[...]

Auch das zweite Ziel des *Instituts für Kriegsverluste*, nämlich „die Reparationsfrage zu einem positiven Abschluss zu bringen“, ist ein schlechtes Alibi für die PiS-ler, um weitere Millionen aus dem Staatshaushalt zu beschlagnahmen. Das Thema Reparationen wurde von Kaczyński vor ein paar Jahren wieder aufgegriffen, als er selbst begann, sich auf den Polexit vorzubereiten.

[...]

Kaczyński spielte die Reparationsfrage auf eine völlig zynische Weise. Denn gleichzeitig schickte er Morawiecki zu Merkel, zu den deutschen Christdemokraten, damit der „Herr im Bankiersanzug“, der besser Englisch spricht als die gesamte Führung der PiS und sogar als die gesamte neue Führung des polnischen Außenministeriums, den Deutschen den regierenden polnischen rechten Flügel als eine Formation präsentiert, die sowohl ihrem Staat als auch deutschen Investitionen in Polen gegenüber absolut freundlich gesinnt ist. In den realen Beziehungen zu den Deutschen wurde die Frage der Reparationen von den PiS-Gesandten entweder gar nicht oder nur rituell angesprochen.

Gleichzeitig hat sich der Abgeordnete Arkadiusz Mularczyk im „Kampf um die Kriegsreparationen“ fett gemacht [...]. *Die Parlamentarische Gruppe zur Schätzung der Höhe der Entschädigung, die Polen von Deutschland für die im Zweiten Weltkrieg verursachten Schäden zusteht* (ich bitte die Leser um Entschuldigung, dass ich diesen Namen - der so lang ist wie die Reden von Fidel Castro oder die jüngste Rede von Morawiecki in Straßburg - vollständig zitiert habe), die auf Antrag der PiS gebildet wurde, hat sich daran auch fett gemacht. Die Reparationen haben sich als Goldesel für die PiS erwiesen, der nun auch dem Institut für Kriegsverluste dienen soll.

[...]

Ich selbst habe in den letzten Ferien mit meinen Eltern die Ruinen einer Burg in Masowien besucht. Es gab einen Lieferwagen mit einem Anhänger, auf dem ein riesiger „Druck“ von Jan Matejkos Gemälde „Bitwa pod Grunwaldem“ [Schlacht bei Tannenberg (1410)] angebracht war. Auf diesem wirklich riesigen „Druck“ war jede der wichtigeren Figuren signiert, offensichtlich in einer Art und Weise, die erklären sollte, welche der Figuren in der abgebildeten Szene „gut“ und welche „sehr böse“ war. Der Anhänger enthielt auch Informationen darüber, welche Stiftung sich auf diese Weise an der „historischen Bildung der Polen“ beteiligte und welche anderen Stiftungen, die direkt aus dem Staatshaushalt finanziert wurden, ihr Geld für dieses „historische Projekt“ gaben. Soweit ich mich erinnere, war die Summe nicht vorhanden, was darauf hindeuten könnte, dass sie erheblich war.
Darüber kann man sich lustig machen, und das sollte man auch tun. Aber der Mann, der dank dieser „Schau“ seinen Lebensunterhalt bestreitet, und seine Familie werden für den Rest ihres Lebens für Kaczynski (oder seine Delphine) stimmen. Zumindest so lange, wie sie von den PiS-Leuten Haushaltsmittel für ihr Projekt erhalten. Der Besitzer des Anhängers ist vielleicht nicht einmal ein völliger Zyniker, sondern glaubt er, dass er auf diese Weise die Polen, die in ihrem Urlaub durch das Land ziehen, vor der „ewigen germanischen Gefahr“ warnt. Diejenigen, die diese Art von „Bildung“ von Seiten der PiS-Ministerien verwalten, sind jedoch mit Sicherheit Zyniker, ebenso wie diejenigen, die aus diesen Transfers eine „Macht-Rente“ beziehen, die manchmal gigantisch ist, wie zum Beispiel die Finanzströme der Polnischen Nationalstiftung zeigen. Diese Mischung aus absolutem Zynismus und stumpfer Naivität - ebenfalls von Zynismus durchzogen, aber kleiner als der von Kaczyński, Gliński, Morawiecki oder Ziobro, weil sie mit geringeren Geldbeträgen gespeist wird - ist die Quelle des rechten Sozialkapitals, mit dem Kaczyński derzeit überhäuft ist.
Er gießt dieses Kapital reichlich aus mit Geld aus dem Haushalt, und es wird für ihn von Rydzyk, Jędraszewski, Czarnek und den anonymeren Soldaten des Kulturkampfes gebaut. Es handelt sich um ein „schwarzes“ Sozialkapital, das durch Korruption, Ressentiments, Neid, Angst und Abneigung gegen die Welt, insbesondere gegen den Westen, zusammengehalten wird. Kaczyński kann die polnische Gesellschaft zerstören, weil er weiß, dass in ihren Trümmern ein rechter Bunker gebaut wird.
Wie kann man mit einer solchen politischen Methode konkurrieren? Die anderen Mannschaften, die nach 1989 in Polen regierten, bestanden keineswegs aus Engeln. Sowohl die linke Mitte als auch die liberale Mitte duldeten zuweilen sowohl Vetternwirtschaft als auch Klientelismus in ihren Reihen. Aber weder die SLD noch die AWS, die PO oder die PSL haben jemals versucht, Jarosław Kaczyńskis Gesamtidee umzusetzen, ganz Polen mit einem dichten Netz von Stiftungen, „Nichtregierungsorganisationen“, Medien-, Bildungs- und Museumseinrichtungen zu versehen, die völlig von der Regierungspartei abhängig wären. Ehrlich gesagt, weiß ich nicht, wie ich mit dieser Art von massiver, gut organisierter politischer Korruption umgehen soll. Sie wird so lange bestehen, wie die PIS an der Macht ist (oder vielleicht sogar einen Tag länger).
Wenn in dieser Situation, in der eine solche politische Wunderwaffe zum Einsatz kommt, Kaczyński und die PiS eines Tages die Macht verlieren, bedeutet dies, dass das authentische Sozialkapital der Polen - die Fähigkeit, von der Regierungspartei unabhängige NRO, Medien, Stiftungen und Institutionen am Leben zu erhalten - größer und stärker ist als Kaczyńskis „schwarzes“ Sozialkapital.
Sollte dies nicht der Fall sein (was angesichts unserer historisch bekannten Probleme mit dem Aufbau von echtem Sozialkapital wahrscheinlich ist), werden wir warten müssen, bis der PiS-Staat vollständig bankrott ist, wodurch Kaczyńskis „schwarzes“ Sozialkapital seiner „natürlichen“ Finanzierungsquelle beraubt wird. Dies wäre jedoch das kostspieligste Szenario für Polen.

Cezary Michalski
Der Autor ist Kolumnist für die Wochenzeitung „Newsweek“.

Zsfg.: JP

https://wiadomo.co/cezary-michalski-w-spolecznych-ruinach-rosnie-bunkier-pis/

„Dziennik Bałtycki“ nimmt ECS-Direktor unter die Lupe: „Deutsche Verbindungen“ und „Verleumdung Polens“

Basil Kerski *Quelle: wyborcza.pl*

[...]

Der Text über Basil Kerski wurde in dem [Danziger Tageblatt] „Dziennik Bałtycki“ veröffentlicht, der im Besitz von Orlen [polnischer Mineralölkonzern] ist. Das Profil des Direktors des Europäischen Solidaritätszentrums in Gdansk wurde von Krzysztof Maria Załuski vorgestellt. Der neue Journalist von „Dziennik“, früher bei der Firma Energa beschäftigt und Leiter von Panorama bei TVP3 Gdańsk, beschäftigt sich mit der jüngsten Geschichte Polens.

Bei der Aufdeckung des polnisch-deutschen Netzwerks, das Kerski in die Position des Direktors des ECS führte, bezieht sich Krzysztof Maria Załuski auf bewährte Modelle. Auf die gleiche Weise entlarvte die kommunistische Presse Feinde der kommunistischen Regierung, die durch „ausländische Sabotage-Zentren“ finanziert wurden.

„Deutsche Verbindungen“ des ECS-Direktors

Gleich zu Beginn enthüllt Załuski die „deutschen Verbindungen“ des Direktors des ECS und seine Verbindungen zu den Liberalen aus Danzig - Jan Krzysztof Bielecki, Donald Tusk und Janusz Lewandowski, die für die „Neokolonisierung Polens“ verantwortlich sind. Obwohl es sich um einen Text über Kerski handelt, erinnert Załuski den uninformierten Leser daran, dass Tusk „Bolek-bis“ und „ein Agent der deutschen Dienste“ genannt wird. Es wird auch sein „Großvater aus der Wehrmacht“ erwähnt.

Der Autor befasst sich mit Kerskis Abstammung. „Nach der Mutter ein Pole, nach dem Vater ein Iraker, von der Wahl her ein Deutscher“, stellt er fest. Załuskis Ermittlungen ergaben, dass der ECS-Direktor „freiwillig

aufhörte, Pole zu sein, und ein Deutscher wurde. Aber auch bei vollem Bewusstsein. Und dass er den polnisch klingenden Namen >>Kerski<< selbst erfunden hatte“.
Als ob das noch nicht genug wäre, erinnert der Journalist auch daran, dass Basil Kerski in einem Interview für die „Berliner Zeitung“ erklärt hat, dass „meine Heimat für mich der Ort ist, wo meine Liebe ist und wo meine Kinder geboren wurden, das ist Berlin“.
Die Frage von Kerskis Staatsbürgerschaft wird regelmäßig in den rechten Medien beschrieben. Im Jahr 2013 erklärte der Direktor des ECS in einem Interview mit Magdalena Grzebałkowska in Duży Format:
„Als mein Vater 1986 als politischer Flüchtling die deutsche Staatsbürgerschaft beantragte, stellten die Behörden der Bundesrepublik Deutschland eine Bedingung. Ja, er würde sie erhalten, aber nur mit seiner gesamten Familie. Hätte meine Mutter eine deutsche Abstammung, hätte sie die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen können und bei der polnischen Staatsbürgerschaft bleiben können. Da sie es nicht hatte, musste sie auf ihre polnische Staatsbürgerschaft verzichten. Es war schwierig und demütigend für sie, aber sie tat es für meinen Vater. Ich war minderjährig, ich habe formell auf nichts verzichtet. Ich habe dank meines Vaters einen deutschen Pass bekommen. Vor Kurzem hat mir das Innenministerium die polnische Staatsbürgerschaft zurückgegeben. Ich habe bis zum letzten Jahr gewartet, bis das neue Gesetz in Kraft getreten ist, das besagt, dass jeder, der die polnische Staatsbürgerschaft vor 1989 verloren hat, sie nun wiedererlangen kann. Das ist eine schöne Geste des polnischen Staates für uns, denn wir werden nicht mehr als Ausländer behandelt.“

„Antipolnische Aktivitäten“ des ECS-Direktors
Załuski untersucht auch Kerskis Aktivitäten als Chefredakteur der polnisch-deutschen Zeitschrift „Dialog“ und kommt zu dem Schluss, dass er auf deren Seiten Aktivitäten betreibt, die antipolnisch sind und Polen verleumden. Wie der Autor des Textes unter Berufung auf nicht näher bezeichnete Informanten andeutet, wurde er genau dafür mit dem Posten des ECS-Direktors belohnt. Der „Dziennik“-Journalist enthüllt auch, dass die Redaktion von „Dialog“ unter anderem vom deutschen Außenministerium und der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit finanziert wird, was Kerski seiner Bekanntschaft mit Tusk und seinen Kontakten zur Stasi verdankt. Ein Beweis für diese Verbindung ist die Tatsache, dass sich die polnische Redaktion von „Dialog“ in Danzig in demselben Mietshaus befindet, in dem auch die Stiftung der Liberalen ihren Sitz hatte.
„In Deutschland bekommen viele Polen immer noch eine Gänsehaut, wenn sie den Namen des Herausgebers von Dialog hören“, bemerkt Załuski.
[...]

Zsfg.: JP

https://trojmiasto.wyborcza.pl/trojmiasto/7,35612,27768831,orlenowski-dziennik-baltycki-przeswietla-dyrektora-ecs-niemieckie.html

„Warmherziger Mensch“, kalte Leichen

Quelle: polityka.pl

Ein Kommentar von Adam Szostkiewicz

Das Grenzproblem wird immer schlimmer. Der massive Zustrom von Migranten wird die Angst vor Migranten verstärken und infolgedessen die Unterstützung für den Zaun und die Abschiebung von Menschen aus Polen ins Niemandsland erhöhen. Das Dilemma der Vereinbarkeit von Grenzabschottung und Achtung der Menschenrechte wird in den Hintergrund treten. Die großartigen humanitären Bemühungen von tausenden von Menschen, die sich menschlich verhalten, d.h. den Bedürftigen helfen, könnten sich als vergeblich erweisen.

Wer ist dafür verantwortlich? In solchen Krisen gibt es keine einheitliche Antwort. Ja, die Zustimmung der Machthaber in Polen, Belarus und Russland ist ein Grund dafür. Doch Kaczyński kann die Krise nicht verursacht haben. Auslöser war die Anti-EU-Kooperation zweier Alleinherrscher: Putin und Lukaschenko. Westliche Analysten weisen einhellig darauf hin, dass ohne ihren politischen Willen und ihre praktische Zusammenarbeit die Migranten aus dem Irak und anderen dysfunktionalen Staaten nicht in immer größerer Zahl in unseren Teil Europas kommen würden. Die Migranten sind in ihren Händen zu lebenden Waffen geworden. Mit ihren Dramen fangen sie das Wohlwollen der Bürger ein, aber im politischen Spiel zählen sie nicht. Unser Problem ist, dass die Maßnahmen der derzeitigen Behörden eine Eskalation der Krise nicht verhindert haben und dass der humanitäre Aspekt der Krise in der Regierungspropaganda als für die politischen Zwecke der Opposition aufgebauscht dargestellt wird. In der Zwischenzeit schreiben die Medien, dass die Türkei Migranten in Flugzeuge packt, während die PiS-Regierung und der Präsident der Republik Polen in letzter Zeit doch mit diesem Land Geschäfte gemacht und freundschaftliche Beziehungen aufgebaut haben.

Die Ziele der Alleinherrscher sind klar. Das Chaos des Krisenmanagements in den EU-Staaten an der Ostgrenze der EU soll diese destabilisieren und damit zeigen, dass die EU nicht in der Lage ist, effektiv zu kooperieren, also ein Koloss auf tönernen Füßen ist. Und dass sie keinen wirklichen Schutz der

Menschenrechte will, was bedeutet, dass sie die leibhaftige Heuchelei ist. In den Plänen der „Kriegstreiber“ dient die Destabilisierung dazu, die EU-Länder in einen Topf zu werfen, während die Zurschaustellung von Heuchelei dazu dient, die Moral zu delegitimieren. Die Pläne von Minsk und Moskau können nur durch eine Koordinierung der Brüsseler Politik vereitelt werden. Aber die Chancen dafür sind so gering, so dass die NATO vielleicht eingreifen könnte.
Eine solche Andeutung wurde eben von Donald Tusk angebracht: Gemäß Artikel 4 des Vertrags zur Gründung des Nordatlantischen Bündnisses ist es notwendig, die Aufnahme von Konsultationen zwischen den Mitgliedstaaten über die Lage an der Nordostflanke nicht nur der EU, sondern auch des Bündnisses zu erwägen. Tusks Idee könnte bedeuten, dass er die Krise als eine echte Bedrohung für die Sicherheit in unserer Region ansieht. Und indirekt als mangelndes Vertrauen in ein gemeinsames und wirksames Handeln der EU.
Neben dem ethischen Dilemma, was zuerst kommt, Sicherheit oder Menschenrechte, gibt es auch ein politisches Dilemma. Das klingt ein wenig beängstigend, denn das Bündnis ist ein Militärbündnis, und eine gemeinsame Aktion wäre daher eine Antwort auf mögliche militärische Aktionen der Alleinherrscher.
Was wäre, wenn eine Provokation unter Benutzung von Waffen ins Spiel käme? Einige Schüsse von beiden Seiten der Grenze, bei denen Migranten oder Polizisten getötet würden? Die polnische Regierung hat bereits 15 000 uniformierte Soldaten an der Grenze stationiert. Es wird wirklich brenzlig.

Zsfg.: AV

https://szostkiewicz.blog.polityka.pl/2021/11/08/cieply-czlowiek-zimne-zwloki/?nocheck=1

Kaczyński mit Morawiecki in Krakau über ein „Agententum der Eliten“ und neidische EU-Nachbarn. „An der Grenze handeln wir nach dem Prinzip der Empathie“

Quelle: wyborcza.pl

PiS-Politiker feierten den Unabhängigkeitstag in Krakau. Der stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende der PiS, Jarosław Kaczyński, begann den offiziellen Teil seines Besuchs mit der Niederlegung von Blumen am Denkmal für die Opfer von Katyn am Fuße des Wawel-Hügels. Begleitet wurde er unter anderem vom stellvertretenden Vorsitzenden der PiS und stellvertretenden Sejm-Sprecher Ryszard Terlecki, Infrastrukturminister Andrzej Adamczyk, dem stellvertretenden Senatssprecher Marek Pęk, den Abgeordneten Marek Suski und Krzysztof Sobolewski sowie dem Regierungssprecher Michał Dworczyk.
Es sei daran erinnert, dass der für die nationale Sicherheit und Verteidigung zuständige Minister Jarosław Kaczyński am Dienstag nicht an einer Sondersitzung des Sejms teilgenommen hat, die der sich verschärfenden Krise an der polnisch-weißrussischen Grenze gewidmet war. Seine Abwesenheit wurde mit einer Erkrankung des Vorsitzenden der PiS begründet.
Anschließend begaben sich die PiS-Politiker in die Wawel-Kathedrale, wo sie an einer Messe teilnahmen, der der Krakauer Metropolitan-Erzbischof Marek Jędraszewski vorstand. Ebenfalls anwesend waren Premierminister Mateusz Morawiecki, der Chef des Verteidigungsministeriums Mariusz Blaszczak und Gesundheitsminister Adam Niedzielski.
Der letzte offizielle Punkt des Besuchs war ein Treffen von Politikern im Gebäude des „Sokół“-Sportvereins in der Piłsudskiego-Straße, ein paar Dutzend Schritte von der PiS-Zentrale in der Retoryka-Straße in Krakau entfernt. Die PiS-Politiker, die in Limousinen zur Veranstaltung fuhren, wurden von einer Gruppe von Regierungsgegnern begrüßt.

Das Treffen begann mit dem Einzug des „Sokoł“-Banners und dem Singen der Nationalhymne. Der Krakauer PiS-Stadtrat Michał Drewnicki, der die Zeremonie leitete, begrüßte zunächst den PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński und den Regierungschef Mateusz Morawiecki, woraufhin im Saal Rufe wie „Jarosław, Jarosław!“ und „Mateusz, Mateusz!“ erklangen. Er begrüßte auch andere PiS-Politiker - Minister, Abgeordnete und die Behörden der Woiwodschaft Kleinpolen - sowie Konrad Firlej, den Vorsitzenden des polnischen Turnerbundes „Sokoł“, und Adam Lach, den Vorsitzenden der kleinpolnischen „Solidarität“.
„Dieser Saal hat eine besondere Bedeutung für die PiS. Hier gab der Vorsitzende Jarosław Kaczyński die Kandidatur von Andrzej Duda bei den Präsidentschaftswahlen bekannt. Was wird er heute sagen? Finden wir es heraus“, kündigte Drewnicki die Rede von Jarosław Kaczyński an.
„Mir wurde eine schwierige Aufgabe gestellt, denn ich habe noch nicht vor, einen Präsidentschaftskandidaten bekannt zu geben“, begann Kaczyński, der dann über die Bemühungen Polens um die Wiedererlangung der Unabhängigkeit sprach und an Józef Piłsudski erinnerte.

Kaczyński: „Wir müssen Einigkeit schaffen“
Als er über den Weg zur Souveränität sprach, verwies der Vorsitzende der PiS auf die Situation an der polnisch-weißrussischen Grenze. „Daran müssen wir gerade heute denken, wo an der Ostgrenze ein hybrider Krieg herrscht. Es gibt noch weitreichender Bedrohungen. Natürlich wird, wie in solchen Fällen üblich, versucht, die Schuld auf uns als das angeblich aggressive Land abzuwälzen. Jemand mag sagen: ‚Das ist lächerlich, das ist absurd‘, aber in der Politik sind solche Absurditäten schon oft vorgekommen“, sagte Kaczyński und fügte hinzu, dass „wir auch im Westen ein großes Problem haben. Natürlich geht es um die Anerkennung unserer Subjektivität, um das Urteil des Verfassungsgerichts, um unser Recht, die polnischen Angelegenheiten zu regeln …“. An dieser Stelle unterbrach er sich, um einen Moment später hinzuzufügen: „Es ist schwierig, aber im Vergleich zu vor 103 Jahren ist es nichts. Es liegt an uns, ob wir zurechtkommen. Das habe ich gestern gesagt und ich sage es heute wieder. Wir müssen alles tun, um Einigkeit in der politischen Klasse herzustellen. Ich weiß, dass es unmöglich erscheint, dass Spannungen und Ressentiments und äußere Einflüsse es unmöglich machen können. Aber wir müssen es versuchen, wir müssen wissen, dass dies notwendig ist, dass dies unerlässlich ist. Wenn die Litauer erfolgreich waren, wenn die Letten erfolgreich waren, dann werden auch wir erfolgreich sein.“
„Auf jeden Fall gibt es keine Hindernisse von unserer Seite, keine Hindernisse von Seiten der PiS“, betonte er. Und er ergänzte: „Natürlich, wenn das Ziel ein gemeinsames ist, das Ziel, von dem ich gesprochen habe.“

„Vorsicht vor Agenten“
Der Vorsitzende der PiS sprach auch über eine „innere Front“. „Es geht nicht um Politiker, auch wenn Politiker oft dahinterstecken. Es geht um den Einfluss von äußeren Kräften“, sagte Jarosław Kaczyński und erinnerte an seine Worte vom Mittwoch: „In Krisenzeiten sollte man sich vor Agenten in acht nehmen“.
Wir müssen auf der Hut sein, wir müssen sie erkennen, wir müssen wissen, dass diese Schlacht - und ich sage es in Anführungszeichen - eine Schlacht um das Bewusstsein ist, darum, was die Polen denken und welche Schlüsse sie daraus ziehen werden. Es geht darum, an edle Impulse zu appellieren, an Gefühle wie Empathie, um unseren Widerstand zu brechen. Das darf nicht gelingen“, betonte Kaczyński und fügte hinzu, dass „die Polen ein zu gutes Volk“ und „ein zu schnell verzeihendes“ seien.
„Was wir an der Grenze tun, entspricht einem Prinzip, das sich aus der Empathie ableiten lässt. Wir helfen denen, denen geholfen werden kann, aber wir dürfen in unserem Denken und Handeln nicht den Gedanken aufkommen lassen, dass wir am Unglück der Menschen schuld sind, die getäuscht und nach Belarus gebracht wurden und die heute manchmal tatsächlich leiden. Es sind nicht wir, es sind diejenigen, die uns heute angreifen. Diejenigen, die sich einbilden, dass sie es schaffen werden, uns zu brechen. Das werden sie nicht“, versicherte der Parteivorsitzende.
Am Ende sagte er, dass ihn sowohl der Sokoł-Saal als auch die Ereignisse in Warschau optimistisch stimmen. „Es wurden falsche Entscheidungen getroffen, und ich werde im Namen eines Einvernehmens sanft sein, aber wir haben die richtigen Entscheidungen getroffen und wir haben gewonnen und werden weiterhin gewinnen.“

Morawiecki über das Agententum der Eliten

Nach Kaczyński sprach Premierminister Mateusz Morawiecki. „Unsere Unabhängigkeit ist noch jung, sie ist noch nicht so gefestigt, wie wir es gerne hätten. (...) Das junge Polen braucht Kraft, Stärke und den Geist der Weisheit, um die Wege des Kampfes zur Stärkung der Unabhängigkeit am besten zu erkennen (...). (...) Das ist eine große Verantwortung, die auf uns lastet. Um ihr gerecht zu werden, müssen wir uns von einer Angewohnheit befreien, die uns seit 300 Jahren eingeimpft wurde, und selbst in den Zeiten des freien Polens, in den Zeiten der Dritten Republik, wurde versucht, diese Angewohnheit zu erzeugen. Das ist die Angewohnheit der Mikromanie, das Gefühl, dass wir minderwertig sind, das ist der Versuch, die Schuld und die Sünden anderer auf unsere Schultern zu laden“, argumentierte der Premierminister.

„Warum spreche ich am Unabhängigkeitstag über dieses Thema? (...) Hunderte von Jahren hat man uns beigebracht, auf andere zu hören, und wir in Polen wollen uns auf unsere eigene Art regieren, auf Polnisch. Wir wollen uns von der Angewohnheit befreien, uns vor anderen für unsere Fehler und für die, die nicht unsere Schuld sind, für unsere Sünden und für die, die es nicht sind, zu verantworten und uns vor anderen Gerichten zu verantworten. Es gibt ein Gericht, dem wir Rechenschaft ablegen müssen. Es ist das Gericht unserer Geschichte und unserer Zukunft“, sagte er.

Die Sünden der Eliten bis 2015

Morawiecki sagte, der Weg zur „Stärke der Unabhängigkeit“ sei der Aufbau „souveräner Eliten“. „Die Eliten dieser Republik kümmerten sich bis 2015, mit kurzen Unterbrechungen, nur um sich selbst. Dies ist ihre Hauptsünde. Gewiss, die Sünde einiger von ihnen ist das Agententum. Egoismus und Selbstsucht, die den Eliten eingeimpft wurden, waren die grundlegenden Sünden auf dem Weg zu unserer Unabhängigkeit“, unterstrich der Premier. Und die Folgen dieser Sünden beschrieb er wie folgt: „Wir laufen also mit einem Rucksack voller Steine eine kurvenreiche Straße hinauf, und jemand von oben versucht, uns mit nackten Füßen noch hinunterzustoßen.“

Dem Premierminister zufolge wurden die Schwächen, mit denen wir konfrontiert waren, von unseren Nachbarn unterstützt, die sich „nicht daran gewöhnen können, dass wir heute ein starker subjektiver Staat sein wollen“. Er fügte hinzu, dass die Unabhängigkeit uns „diplomatische Kraftanstrengungen auf der internationalen Bühne“ kostet. Anschließend lobte er sein eigenes politisches Lager. „Ihr seid die Elite“, sagte der Premierminister zu den PiS-Politikern. „Der beste Weg, die Zukunft zu erkennen, besteht darin, sicherzustellen, dass die Elite nur ihrem eigenen Land dient“ (...).

Zum Abschluss zitierte der Premierminister aus der „Ode an die Jugend“: „Möge unsere Heimat dorthin gelangen, wohin das Augenlicht nicht reicht, und brechen, was der Verstand nicht brechen kann“. Nach den Reden der Politiker begann der Auftritt einer Bergvolksmusik-Band aus Szaflary mit dem Lied „Rozkwitały budki białych róż“ („Die Knospen der weißen Rosen sind erblüht“). Nach der Zeremonie legten PiS-Politiker Blumen am Denkmal der Piłsudski-Legionen in der Nähe des „Sokół“-Gebäudes nieder.

Zsfg.: AV

https://krakow.wyborcza.pl/krakow/7,44425,27795720,krakow-politycy-pis-w-sokole-jaroslaw-kaczynski.html

ZITAT DER WOCHE

Quelle: oko.press

„Eine neue Ordnung nimmt Gestalt an. Es wird von uns abhängen, wie das neue Polen aussehen wird - werden wir nur noch die Nationalhymne und die weiß-rote Fahne haben, oder werden wir ein starker Staat sein, bereit, das Licht der Bildung, des Christentums und der lateinischen Zivilisation in den Westen zu tragen?”

Robert Bąkiewicz - ein rechtsextremer Nationalist und Organisator des Marsches der Unabhängigkeit, der in diesem Jahr von der PiS-Regierung zu einer Regierungsveranstaltung erklärt wurde

Quelle: https://oko.press/bakiewicz-ksztaltuje-sie-nowy-lad-marsz-niepodleglosci-idzie-przez-warszawe-live/

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

tagesspiegel.de

Zehntausende Rechte demonstrieren am Unabhängigkeitstag in Polen
https://www.tagesspiegel.de/politik/fuck-islam-und-anti-antifa-shirts-zehntausende-rechte-demonstrieren-am-unabhaengigkeitstag-in-polen/27793018.html

---

zeit.de

"Die Migrationskrise kommt der polnischen Regierung gelegen"
https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-11/polen-belarus-grenze-eu-migranten-piotr-buras

---

deutschlandfunkkultur.de

Basil Kerski zum Rechtsstaatsabbau in Polen: „Wohin soll das noch führen?“
https://www.deutschlandfunkkultur.de/basil-kerski-zum-rechtsstaatsabbau-in-polen-wohin-soll-das.2950.de.html?dram%3Aarticle_id=505309

---

tagesschau.de

Nach Tod einer Schwangeren: Proteste gegen Abtreibungsverbot in Polen
https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-proteste-abtreibung-105.html

---

euronews.com

"Geht nach Polen": Warum die Gewalt an der Grenze zu Belarus?
https://de.euronews.com/2021/11/05/euronews-witness-an-der-polnischen-grenze

DEKODER auf Deutsch
https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas
https://forumdialog.eu/

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung
http://www.polen-und-wir.de/

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus